

10 Jahre Hartz-IV – 10 Jahre Hartz-IV-Kritik Eine kritische Bilanz

Einleitung

Zehn Jahre sind die Beschlüsse der Agenda 2010 in Kraft – und jeder in Deutschland weiß, dass diese Reformen viele Leute ganz schön in die Bredouille gebracht haben. Die politische Führung des Landes hat angesichts des Jubiläums allerdings ein ums andere Mal bekräftigt, dass diese durchgreifende Änderung des Sozialstaats bei allen sozialen Härten erstens unumgänglich und zweitens erfolgreich war.

Also wollen wir uns mit den Hartz-IV-Gesetzen beschäftigen, und zwar vor allem mit dem Teil dieser Reformen, der sich auf die Arbeitslosenverwaltung und den Arbeitsmarkt bezogen hat. Wir wollen darlegen, warum und mit welchem Ziel sie gegen nicht geringen Widerstand durchgesetzt wurden. Und damit auch, für wen sie ein Erfolg sind – und für wen nicht.

Wir wollen klären,

1. wieso Arbeitslosigkeit zum Kapitalismus unvermeidlich dazugehört,
2. wie Unternehmen, Politik und die Betroffenen damit umgehen,
3. wie der Staat vor der Agenda 2010 die Arbeitslosigkeit sozialpolitisch betreut hat
4. was der Staat mit den Hartz-IV-Reformen an seiner bisherigen Sozialpolitik grundlegend geändert hat (Stichwort: Fordern und Fördern).
5. schließlich setzen wir uns mit den üblichen Kritikmustern von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Linkspartei und Wissenschaft auseinander, weil wir sie für verkehrt halten.

Unser Ziel ist es, mit dem Vortrag eine gedankliche Einigkeit über die ökonomischen und politischen Ursachen der Arbeitslosigkeit und über die Ziele der herrschenden Arbeitslosenpolitik herzustellen. Denn diese Einigkeit ist unseres Erachtens die Voraussetzung für ein angemessenes, gemeinsames politisches Handeln.

1. Warum gehört Arbeitslosigkeit zum Kapitalismus dazu?

Menschen, die in dieser Gesellschaft ohne Arbeit sind, können sich im Normalfall nicht einfach freuen darüber, dass sie nicht früh aufstehen und sich anstrengen müssen, sondern einen freien Tag haben. Ganz im Gegenteil – wer in dieser Gesellschaft keine Arbeit hat, für den ist meistens gleich die ganze Existenz bedroht. Und nicht nur von den Betroffenen, nein, aus allen Ecken der Gesellschaft, von der Politik, den Sozialverbänden, den Kirchen und auch der Wirtschaft hört man, dass Arbeitslosigkeit ein großes Problem darstellt, etwas eigentlich unerwünschtes ist.

Warum gibt es dann aber ständig Arbeitslosigkeit? Aktuell 3 Millionen in Deutschland mögen im Vergleich zu früheren Zeiten oder der Lage in Südeuropa zwar wenig sein, aber dass eine beträchtliche Masse von Menschen keine Arbeit und damit kein Einkommen hat, steht wohl immer auf der Tagesordnung. Wie kommt es dazu, dass das von allen beklagte „Problem Arbeitslosigkeit“ ein so hartnäckiger Normalzustand in dieser Wirtschaft ist?

Fangen wir zur Klärung dieser Frage mal einen Schritt vorher an: Mit der Frage nämlich, was überhaupt ein Arbeitsplatz ist:

In dieser Gesellschaft wird die Produktion aller Mittel des Bedarfs privat betrieben. Das heißt: alles Nötige, um so eine Produktion in Gang zu bringen, ist das Eigentum Weniger. Sie verfügen mithilfe des Rechtstitels „Eigentum“ ganz alleine über Boden, Gebäude, Maschinen usw. Der springende Punkt ihres Wirtschaftens ist, den Ausschluss der breiten Masse von diesen Dingen für sich *auszunutzen*.

Sie tun dies einerseits als Warenverkäufer: Jeder hergestellte Gegenstand bekommt ein Preisschild. Er wird überhaupt nur dafür, dass er eine Summe Geld einbringt, produziert. Und dass er gebraucht wird, möglicherweise dringend gebraucht wird, interessiert nur, wenn es der Wunsch eines *zahlungskräftigen* Kunden ist.

Die andere Rolle, in der die Eigentümer den Ausschluss der Leute von ihrem Eigentum produktiv machen, ist die des „Arbeitgebers“. Sie „geben“ anderen Menschen „Arbeit“, *lassen* sie also arbeiten, Waren herstellen oder Dienstleistungen verrichten, um ihr Eigentum zu vergrößern.

Das Reservoir an Arbeitskräften, das ihnen dafür zur Verfügung steht, ist in der Regel groß: Denn die, deren Eigentum sich auf ein paar Haushaltsgegenstände und vielleicht ein Auto beschränkt, haben nur dieses eine Mittel, an Geld zu kommen: den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Dieses Mittel ist aus verschiedenen Gründen ein prekäres:

1. Im Vergleich zu anderen Waren, die man bei schlechter Nachfrage im Regal oder auf Halde horten kann, um keinen Preisverfall hinnehmen zu müssen, ist die Ware Arbeitskraft „verderblich“: Weil an der Lohnzahlung das körperliche Wohl des Arbeitenden hängt, kann der Verkäufer dieser besonderen Ware sich schlecht sagen: Na, ich warte mal, ob die Situation nächsten Monat besser aussieht, und biete meine Arbeit vielleicht dann an. Leute, die ihre Arbeitskraft an den Mann bringen müssen, befinden sich also erstens in einem Angebotszwang.
 2. Arbeitskraft ist eine Ware, die alle Welt anzubieten hat – und zwischen den Anbietern gibt es keine Einigkeit darüber, dass sie ihre Interessen gemeinsam durchsetzen wollen (und z.B. sagen „Unter 20 € die Stunde arbeiten wir alle nicht.“), nein, sie befinden sich zweitens in einer Unterbietungskonkurrenz zueinander, in der sie fürchten müssen, dass den Job ein anderer bekommt, wenn sie nicht bereit sind, für den angebotenen Lohn zu arbeiten.
 3. Das Angebot an Arbeitsplätzen und die Nachfrage nach ihnen haben sachlich gar nichts miteinander zu tun. Ein Unternehmen richtet keine Arbeitsplätze ein, *weil* es Leute gibt, die dringend welche brauchen. Es richtet sie ein, wenn sie Gewinn versprechen. Insofern haben Angebot und Nachfrage nichts miteinander zu tun – es wäre Zufall, wenn sie übereinstimmen.
1. Schlussfolgerung: Der Verkauf der Arbeitskraft ist keine einfache Sache, obwohl die ganze Existenz der meisten Menschen in der Marktwirtschaft daran hängt, dass er gelingt.
 2. Schlussfolgerung: Arbeitsplätze gibt es nur, wenn mit den gezahlten Löhnen Gewinn gemacht werden kann – das hat zur Konsequenz, dass nicht die Arbeitskräfte mit ihren Bedürfnissen der Maßstab für den Lohn darstellen, sondern genau andersherum: der Lohn als Kost gilt, der den Betriebsgewinn schmälert und deshalb immer möglichst niedrig sein muss.

Einen Arbeitsplatz ergattert zu haben, erweist sich damit für die meisten Erwerbstätigen keineswegs als Lösung ihrer Probleme: Sie verdienen im Normalfall zu wenig für ihren Lebensunterhalt, sie arbeiten zu lange und sind kaputt, wenn sie nach Hause kommen. Blöder als einen Arbeitsplatz zu haben, ist in dieser Gesellschaft, in der alle auf Geld angewiesen sind, nur: Keinen zu haben. Dafür, dass dieser existentielle Notfall vielen im Lauf ihres Berufslebens immer mal wieder ins Haus steht, eventuell sogar für lange Zeit, gibt es einen systematischen Grund.

Der Verkauf der Waren hat für die Unternehmen eine ganz entscheidende Grenze, nämlich die der Kaufkraft. Allgemein niedrige Löhne sorgen dafür, dass die Konsumenten haushalten müssen und sich nach den günstigen Angeboten umsehen. Eine Lösung besteht für die Unternehmen deshalb darin, billiger zu verkaufen. Das aber beeinträchtigt ihre Gewinnspanne, die ja das ganze Motiv des Unternehmens ist. Es bleibt ihnen aber die Seite der betrieblichen Ausgaben, an der gespart wird, wo es nur geht. Und wo geht

das? Bei der Arbeitskraft! Neben lauter Größen wie Material, Maschinen, Mietkosten, Zinsen usw., die durch den Unternehmer nur schlecht oder bedingt gesenkt werden können, weil er sie am Markt einkaufen muss, ist die Arbeit nämlich der Faktor in der Produktion, den er mit seinem Kommando über die gesamte Organisation der Produktion bestimmend beeinflussen kann. Er kann die Produktion so organisieren, dass die Produktivkraft der eingesetzten Arbeit, ihre Leistung pro Zeiteinheit, erhöht wird. Das Mittel dazu nennt sich *Rationalisierung*; ein einzelner Arbeiter leistet mehr mithilfe des Einsatzes von Maschinen, sodass andere entlassen werden können.

In einer Wirtschaft, in der für das Erzielen von Gewinnen produziert wird, passiert dies unvermeidlich und beständig, weil die Konkurrenz über den Preis das Mittel der Unternehmen ist, ihren Gewinn zu machen. Darin liegt also der systematische Grund für die ständige Produktion von Arbeitslosen.

Nehmen wir als Beispiel einen beliebigen Automobilproduzenten: Dieser ist bestrebt, seine Produktion rentabler zu gestalten und die produzierte Warenmenge zu vergrößern. Er kauft daher leistungsfähigere Maschinen und entlässt einen Teil der Belegschaft. Das sind die ersten, die jetzt arbeitslos werden.

Wie reagieren darauf die anderen Autoproduzenten auf dem Markt? Sie wollen nachziehen, d.h. sie unternehmen die gleichen finanziellen Anstrengungen und erhöhen ihren Warenausstoß. Dabei produzieren sie die nächsten Arbeitslosen.

Alle Autofirmen zusammen konkurrieren nun mit viel mehr Waren auf einem nicht unbedingt gewachsenen Markt – es entsteht also zwangsläufig ein Berg von Autos, der keine Kaufkraft auf sich ziehen kann, eine waschechte Überproduktion. Die führt dazu, dass sich in dieser Konkurrenz nicht alle weiter behaupten können – einige machen dicht oder werden geschluckt. Folge: weitere Arbeitslose.

Gerade der *erfolgreiche* Kapitalismus, in dem es ständig Innovationen gibt – d.h. Steigerungen der Produktivität, neue Arten, die Konkurrenz zu übertrumpfen – erzeugt also dauernd und überall Arbeitslosigkeit!

2. Wie wird Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Problem behandelt?

Aus dem ersten Teil soll nochmals festgehalten werden: Die Produktion ist für Unternehmer *die* Stellschraube ihrer kapitalistischen Kalkulation; das Sparen an bezahlter Arbeit, also die Freisetzung von Arbeitskraft der Weg, Kostenvorteile in der Konkurrenz zu anderen Unternehmen hinzukriegen. Für die Lohnabhängigen hingegen bedeutet Arbeitslosigkeit Existenzlosigkeit. Also nochmals in aller Deutlichkeit: Während für die Arbeitnehmer Arbeitslosigkeit den Wegfall ihres Lebensunterhalts bedeutet, ist sie für die Arbeitgeber das notwendige Resultat ihres *erfolgreichen* wirtschaftlichen Programms.

Dieser Gegensatz wird in der öffentlichen Besprechung von Arbeitslosigkeit überhaupt nicht deutlich. Im Gegenteil: Schlägt man die Zeitungen auf oder schaltet man den Fernseher an, so fällt auf, dass sich alle beteiligten Akteure – Arbeitslose, Unternehmer und insbesondere auch die Politik – darauf einigen, dass Arbeitslosigkeit ein gravierendes gesamtgesellschaftliches Problem ist, dem sich alle annehmen müssten. Nach allem, was im ersten Teil deutlich gemacht wurde, ist diese Einigkeit doch mindestens auffallend komisch, besser: verlogen.

Warum alle Beteiligten Arbeitslosigkeit beklagen, welche Vorstellungen und welche Interessen dem zugrunde liegen, soll deshalb in diesem zweiten Teil geprüft werden.

a) Die Arbeitslosen

Arbeitslose beklagen in erster Linie, dass sie keine Arbeit haben. Exemplarisch dafür sind etwa die Stellungnahmen der „Opelner“, die Ende 2014 in der Presse publik gemacht wurden. So flatterte in den letzten Tagen vor der Schließung des Opelwerks in Bochum über dem Haupteingang ein Banner, auf dem der

Slogan „Arbeitsplätze statt Arbeitsamt!“ zu lesen war, und bei einer Kundgebung in den Tagen nach der Werksschließung waren Transparente mit der Aufschrift „Kampf um jeden Arbeitsplatz“ zu sehen.

So selbstverständlich es jedermann erscheinen mag, wenn Arbeitslose nach einem Arbeitsplatz rufen – so selbstverständlich ist es nicht!

Das Bedürfnis nach einem Arbeitsplatz ist ein *seltsames, ein verwandeltes Interesse*: Das Interesse der Leute besteht ja nicht darin zu arbeiten, sondern darin, dass sie leben wollen und dafür Geld brauchen. Der Ruf nach Arbeitsplätzen beruht also erstens darauf, dass alle wissen und akzeptiert haben, dass ein Leben in der Marktwirtschaft nur dann zu haben ist, wenn man einen Arbeitsplatz findet, sprich: mit seiner Arbeit ein Unternehmen reich macht. Und dass es zweitens selbst unter dieser Bedingung überhaupt nicht garantiert ist, dass man einen Arbeitsplatz findet – denkt an die Jugendlichen in ganz Europa, die momentan verzweifelt einen suchen! Oder dass man seinen Arbeitsplatz auch behält – denkt an die bereits erwähnten Opel-Arbeiter, deren Werk gerade niedergerissen wird, weil es für den Konzern GM nicht mehr rentabel genug war.

Wenn Arbeitslose nach einem Arbeitsplatz rufen, dann fordern sie also, dass sie doch um Himmels willen irgendwie *gebraucht werden müssen* für den Dienst an einem Unternehmen. Man merkt sofort, wie hilflos und ohnmächtig dieser Wunsch ist – denn in der Tat kann in einer Marktwirtschaft niemand einen Unternehmer irgendwie zwingen, dass er Leute in Dienst nimmt und für seinen Gewinn ausbeutet.

In ihrer Hilflosigkeit verfallen die Betroffenen auf die Argumentation, dass es nicht nur ihr egoistisches Interesse ist, sondern dass Arbeitsplätze für sie doch im *allgemeinen* Interesse liegen: Sie denken sich ihre Arbeit als Dienst am Gemeinwohl und den Lohn, den sie kriegen wollen, als gerechte Belohnung für diese Leistung. Sachlich stimmt das nicht, denn natürlich gehen sie nicht arbeiten, um dem Gemeinwohl zu *diene*n, sondern um Geld zu *verdienen*. Ihre Forderung an Staat und Wirtschaft, Arbeitsplätze einzurichten, wird durch diese Darstellung auch nicht eindrucksvoller oder stärker – denn sie müssen sich von diesen Instanzen immer wieder sagen lassen, dass, obwohl alle dafür sind, dass sie Arbeit kriegen, Arbeitsplätze nun mal leider rentabel sein müssen.

Das ist die *praktische Antwort*, die sie bekommen. Auf der Ebene der *Moral* aber handeln sich die Arbeitslose eine ganz verhängnisvolle Verurteilung ein: Wenn alle Welt und sie eben auch Arbeit als Dienst am Gemeinwesen begreifen, dann heißt der Umkehrschluss: Wer keine Arbeit hat, leistet auch nichts für's Gemeinwesen, sondern liegt ihm auf der Tasche.

So betrachten viele die Arbeitslosen: als Last und sogar als Schmarotzer am Gemeinwesen – und so betrachten sie sich fatalerweise dann auch selbst. Sachlich ist daran nichts wahr. Welchen Zweck Arbeit wirklich hat und wem sie wirklich dient, wurde in Teil 1 ausgeführt; ebenso wurde klargestellt, dass nicht mangelnder Arbeitseifer der Grund für Entlassungen ist, sondern die Konkurrenzstrategien der Unternehmen.

Und auch umgekehrt wird klar, wie falsch diese Vorstellung von Arbeit und die gedankliche Verbindung von Lohn und Leistung ist: Egal nämlich, wie viel Arbeitslose leisten und wie nützlich sie sich für die Gemeinschaft machen (die Wohnungen aller Freunde und Bekannten putzen, mit dem Hund Gassi gehen oder dem Rentnerhepaar von nebenan regelmäßig Gesellschaft leisten und sich ihre Geschichten von früher anhören), es zahlt ihnen niemand auch nur einen Cent – sie sind weiterhin auf ihr Hartz IV angewiesen.

b) Die Unternehmer

Nochmals zur Erinnerung: Die Lohnstückkosten sind die Variable der unternehmerischen Kalkulation; sie sind dementsprechend die Kostenstelle, an der Einsparungen vorgenommen werden. Arbeitslosigkeit entsteht also als notwendiges Produkt der Interessensverfolgung der Unternehmer. Dass dennoch auch die Unternehmer in der öffentlichen Besprechung Arbeitslosigkeit als ein gesamtgesellschaftliches Problem anerkennen und sich als die großen Bekämpfer dieses Problems präsentieren, zeugt von viel gekonnter Heuchelei. Alle unternehmerischen Bestrebungen, so ihre Bekundungen in Funk und Fernsehen, seien immer auf die *Schaffung* neuer Arbeitsplätze und auf die Verhinderung von Arbeitslosigkeit ausgerichtet.

So beispielsweise bei Opel (und anderen Automobilherstellern) zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009: Nick Reilly, der damalige Vorstandsvorsitzende von General Motors Europe, begründete die Schließung eines Opelwerkes in Antwerpen im Januar 2010 und die damit verbundene Entlassung von über zweitausend Mitarbeitenden mit dem Argument, es sei im Interesse der verbleibenden Opel-Mitarbeiter und der Kunden, wenn die Sanierung nun in Angriff genommen werde. Entlassungen müssen demnach sein, um Arbeitsplätze zu sichern – diese tolle Logik ist inzwischen zu so etwas wie einer Dauerphrase geworden, mit denen die Pressesprecher von Unternehmen Leute rausschmeißen.

Auch die Arbeitgeber tragen demnach ihr Interesse als einen Dienst am Gemeinwesen vor: Dass es ihnen um ihren Gewinn geht, wird in den entsprechenden Stellungnahmen oder Talkshows entweder gar nicht erwähnt oder wie selbstverständlich unterstellt, um dann darauf zu kommen, dass sie sich doch für „uns alle“ enorm anstrengen, um Arbeitsplätze (die heutzutage auch noch horrende teuer sind!) bereit zu stellen. Ein Herr Grupp vom Textilhersteller Trigema produziert seine T-Shirts aber nicht, damit die Frauen in einem Kaff auf der schwäbischen Alb Arbeit als Näherinnen haben. Übrigens auch nicht, weil ihm die Nacktheit der Leute aufgefallen ist und er ihnen Kleidung geben möchte, um dem abzuhelpen. Der Zweck der unternehmerischen Produktion ist, Gewinn mit ihr zu machen. Das weiß einerseits jeder; das ändert andererseits gar nichts daran, bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten anders, eben ideologisch, darüber zu reden.

Diese Heuchelei der Unternehmer entspringt jedoch nicht – wie bei den Arbeitslosen – aus Ohnmacht und Abhängigkeit (obwohl „notwendige Entlassungen“ tatsächlich auch gerne mit Verweis auf die globale Konkurrenz verkauft werden), sondern im Gegenteil: Unternehmer erinnern so an ihre Machtposition und die materielle Abhängigkeit aller anderen von ihnen als Arbeitgeber. Schließlich sind sie die Schlüsselfiguren in einer Marktwirtschaft, von denen alles – die Produktion aller wichtigen und unwichtigen Sachen wie die Einkommensquellen der „Beschäftigten“ abhängen (letztere heißen darum ja auch so schön „abhängig Beschäftigte“!).

Allerdings haben auch Unternehmer ein echtes Interesse an stattfindender Arbeit – somit der Überwindung von Arbeitslosigkeit 1. Steigt die Zahl der Arbeitslosen, sinkt die allgemeine Kaufkraft und gefährdet somit den Absatzmarkt im Inland – insofern sind Unternehmer durchaus immer dafür, dass im Land gut verdient wird (nur ist das für sie und ihr Unternehmen längst kein Grund, bereitwillig höhere Löhne zu zahlen oder die fälligen Entlassungen hintanzustellen, wie es sich die Gewerkschaft gerne vorstellt). 2. Ist Arbeitskraft für ein Unternehmen rentabel, dient sie dem Profit, so werden weitere Arbeiter eingestellt, damit das Unternehmen expandieren, weitere Marktanteile für sich beanspruchen und sich so in der Konkurrenz zu anderen Unternehmen durchzusetzen kann. (Dabei ist es für Unternehmer dann wieder eine gute Voraussetzung, wenn viele Arbeitslose um seine Stellen konkurrieren, um so die Lohnkosten niedrig halten zu können.)

Zusammenfassung zu diesem Punkt: Wie sich die Unternehmer öffentlich präsentieren, ist heuchlerisch. Die Einrichtung von Arbeitsplätzen ist – genau wie Entlassungen auch – kein Dienst, sondern Mittel ihrer unternehmerischen Gewinnproduktion. Allerdings können sie dabei auf allgemeine Anerkennung zählen: Wenn sie ihr Handeln und ihren Vorteil als einen Dienst zum Wohle aller erklären, können sie mit Fug und Recht unterstellen, dass die ganze restliche Gesellschaft, Privatleute wie Staat, mit ihrem Leben, ihren Einkommen und ihren Steuern praktisch davon abhängen, dass sie Gewinne machen und dafür alles „Notwendige“ tun müssen. c) *Die Politiker*

Politiker beklagen regelmäßig die Arbeitslosigkeit als großes gesellschaftliches Problem, dass sie vehement bekämpfen. Einige Zitate:

Angela Merkel sagt zum Thema Jugendarbeitslosigkeit: „*Wenn es Missstände gibt, dann ist es die Aufgabe von Politikern, etwas gegen sie zu tun.*“ (Süddeutsche Zeitung, 02.07.2013) Und in Kapitel 2 „Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit“ des aktuellen Koalitionsvertrages von CDU und SPD ist zu lesen: „*Wir wollen Arbeit für alle, sicher und gut bezahlt. Mit einer klugen Arbeitsmarktpolitik wollen wir die Weichen für mehr Beschäftigung und für eine starke Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften stellen.*“

Politiker präsentieren sich also bezüglich der Arbeitslosigkeit stets als „Kümmerer“: Die Regierung müsse hier auf ein wichtiges Problem in ihrer Gesellschaft reagieren. Woher dieses Problem kommt, ist dabei nicht ihr Thema. In ihrer Darstellung steht sie vor einem Problem, dessen Erzeugung sich offenbar außerhalb ihrer Wirkungsmacht befindet.

Diese Selbstpräsentation der Politiker ist verlogen. Sie verschweigt nämlich die staatliche, per Gesetz festgeschriebene Erlaubnis und Regelung von Entlassungen und die gesamte Rolle des Staates beim Zustandekommen des Problems. Der Staat ist schließlich der Garant für die kapitalistische Interessensverfolgung der Unternehmen, er hat das Privateigentum als Grundlage der Ökonomie festgeschrieben und alle Akteure auf die Verfolgung des Prinzips verpflichtet. Es ist also keineswegs so, dass er mit den Ursachen nichts zu tun hat, stattdessen ständig die Probleme bekämpft. Das erkennt man übrigens auch daran, dass er am *Grund* der Arbeitslosigkeit, dem kapitalistischen Gebot, dass Arbeit rentabel sein muss, und den daraus entspringenden Kalkulationen, nicht rütteln will. An diesem Prinzip hat der Staat eben selbst ein vehementes Interesse – er will konkurrenzfähige deutsche Unternehmen. Und deshalb hat er auch kein Interesse, es zu verändern. Daher konzentrieren sich staatliche Maßnahmen bezüglich der Arbeitslosigkeit stets auf deren Regelung und Betreuung und nicht – wie sich vielleicht der ein oder andere vorstellen mag – auf deren Abschaffung.

An der Arbeitslosigkeit (oder zu hoher Arbeitslosigkeit) ärgert die Politik allerdings schon etwas: die Tatsache nämlich, dass Arbeitslose zur Produktion staatlichen Reichtums beitragen könnten, ihre Arbeitskraft jedoch keinen Abnehmer findet. Arbeitslose sind für den Staat also brachliegendes Potential hinsichtlich des nationalen Wirtschaftswachstums und somit ein Hemmschuh in der nationalstaatlichen Konkurrenz. Außerdem belastet Arbeitslosigkeit die sozialstaatlichen Kassen. Zur Erhaltung der Arbeiterklasse ist die Finanzierung im Falle ausbleibenden Lohnes für den Staat zwar notwendig, aber als finanzielle Belastung auch ärgerlich. Ausführlicher soll hierauf im nächsten Teil eingegangen werden.

Zusammenfassung: Die Selbstdarstellung von Politikern als Kämpfer gegen Arbeitslosigkeit ist verlogen. Denn im ersten Schritt richtet die Politik mit ihren Gesetzen die kapitalistische Wirtschaft ein, die den Unternehmern ihre Freiheit im Umgang mit den Arbeitskräften erlaubt. Im zweiten Schritt bezieht sie sich auf diese wie auf ein Naturgesetz und im dritten Schritt präsentieren sich die Politiker als die geeigneten Ansprechpartner bezüglich des Problems: Wer von Arbeitslosigkeit betroffen ist oder sich darüber ärgert, der soll nicht etwa überlegen, warum es sie gibt und das ändern wollen, sondern er soll voller Vertrauen seine Politiker wählen, die sich des Problems annehmen.

Wie die Politik mit den dauernd und massenhaft anfallenden Arbeitslosen umgeht, das ist selbst wiederum aufschlussreich.

3. Die staatliche Sozialpolitik unterstellt den stetigen Notfall Arbeitslosigkeit. Sie beseitigt ihn nicht, sondern verwaltet ihn staatsnützlich.

Der Staat problematisiert also die Arbeitslosigkeit und in jedem Wahlkampf veranstaltet sein Personal großen Wirbel darum, welche Stellschrauben es zu drehen gebe, um dem Problem endlich Herr zu werden. Doch was sind die konkreten Maßnahmen gegenüber Arbeitslosen?

Die erste Leistung des Staates ist: Er zählt sie. Das macht er jeden Monat, turnusmäßig werden neue Zahlen veröffentlicht, die als mal mehr, mal weniger besorgniserregend vorgetragen werden. Vor allem aber richtet er ein umfassendes System der Arbeitslosenbetreuung ein, in dem alle Lohnabhängigen, die sogenannten „Erwerbspersonen“ vorkommen, ob mit oder ohne Job.

In welchem Verhältnis steht das zu den vorigen Überlegungen? Zunächst mal ist es ein eindrucksvoller Gegenbeweis. Dass Arbeitslosigkeit eine dauerhafte und notwendige Erscheinung in der kapitalistischen Marktwirtschaft ist, wird stets geleugnet. Behandelt wird Arbeitslosigkeit als Ausnahmeerscheinung, als *Abweichung* von dem eigentlich angestrebten Normalzustand der Vollbeschäftigung. Die Existenz des Sozialstaats und seiner Arbeitslosenbewirtschaftung zeigen aber, dass der staatliche Verwalter dieser

Wirtschaft genau mit dem rechnet, was es angeblich nicht gibt: einem ständigen Anfallen von Arbeitslosen, die einer dauerhaften Versorgung bedürfen.

Wie geht der Staat im Weiteren mit diesen Arbeitslosen um? Zur Erinnerung: Entlassungen sind explizit erlaubt – der Kündigungsschutz regelt bloß, *wie* Entlassungen durchgeführt werden müssen, aber er verbietet sie nicht. Arbeitsplätze sollen rentabel für Unternehmen sein, sind sie es nicht, fallen sie weg (vgl. Teil 2). Für die Arbeitslosen selbst organisiert der Staat jedoch eine Arbeitslosenversicherung, die eine gesetzliche Pflichtversicherung ist. Wie diese funktioniert und was sich daraus schlussfolgern lässt, soll im Folgenden dargestellt sein.

Beitragspflicht: Arbeitnehmer sind gesetzlich dazu verpflichtet in die Arbeitslosenversicherung einzuzahlen, es ist gesetzlich vorgeschrieben, wie viel vom Lohn einbehalten wird (Zwangskasse). Diejenigen, die Arbeit haben, müssen sparen, um ihre arbeitslosen Kollegen zu unterstützen. Dies scheint vielleicht zunächst im Sinne der Arbeitnehmer, denn ohne gegenseitige

Versicherungsleistung hätten sie schließlich gar nichts – fraglich ist dann allerdings, warum es dazu eine Pflicht braucht. Denn wenn sie dazu verpflichtet, also gezwungen werden müssen, gemeinschaftlich zu sparen, ist davon auszugehen, dass sie nicht selbst vorsorgen würden. Der Grund: Ihr Lohn ist so gering, dass es überhaupt nicht geht, sich ein Auskommen anzusparen, sodass man auch ohne Arbeit überleben kann. Das geht vielleicht einen Monat, manch einer schafft es etwas länger. Doch gerade daran, dass die Erwerbstätigen selbst nicht imstande ist, mit dem, was sie verdienen, für Notfälle vorzusorgen, zeigt sich ziemlich eindrucksvoll, was es eigentlich überhaupt für eine Armutsveranstaltung ist, auf Arbeit angewiesen zu sein – auch dann also, wenn man eine hat. Arbeit im Kapitalismus ist offensichtlich nicht einmal dazu geeignet, für vorhersehbare Notfälle vorzusorgen, geschweige denn reich zu werden und nicht mehr arbeiten zu müssen.

Der Staat zwingt mit seiner Sozialversicherung die Arbeiterklasse füreinander aufzukommen und diese Not aufzuteilen. Und nennt das Ganze dann Solidarität, was nicht mehr bedeutet, als die ohnehin schon Geschädigten in ihrem Elend aufeinander zu verpflichten.

Leistung der Arbeitslosenversicherung: Der Sozialstaat verpflichtet also seine Erwerbstätigen, sich zu versichern und füreinander aufzukommen. Das zeigt, dass es in seinem Interesse liegt, die nationale Arbeitsmannschaft zu erhalten. Wenn Erwerbstätige zeitweise ohne Einkommen sind, sollen sie nicht sofort in existentielle Schwierigkeiten kommen oder ganz verwarhlosen. Arbeitslose sollen weiterhin ihre Arbeitskraft erhalten, um dem Arbeitsmarkt frisch und willig zur Verfügung zu stehen, sobald sie wieder gebraucht werden. Entsprechend organisiert der Sozialstaat die Auszahlungen aus der Versicherung: Anspruch hat nur jemand, der eine gewisse Zeit eingezahlt hat; er erhält nur einen Teil seines Nettolohns und das nur für eine gewisse Zeit, das ist das sog. Lohnabstandsgebot. Beides soll unbedingt dafür sorgen, dass der Arbeitslose sich schnell um neue Arbeit kümmert. Insgesamt fungieren die Arbeitslosen damit als eine industrielle Reservearmee, eine nützliche Rücklage für das Kapital, um in Phasen eines Wirtschaftsaufschwungs dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und ansonsten als stets zur Verfügung stehende Reserve auf den Lohn der anderen drückt.

Kassenlogik: In den Zeiten, wo es wenig Arbeitslosigkeit gibt, sind die Kassen voll. Viele können einzahlen und die Beiträge sind niedrig. Wenn es viel Arbeitslosigkeit gibt, ist das Geld schnell knapp, weil wenig einzahlen, andererseits der Bedarf hoch ist.

Die Reaktion in Zeiten erhöhter Arbeitslosigkeit oder Krisen ist die Erhöhung der Kassenbeiträge oder eine Senkung der Leistungen (Leistungskürzungen, Verschärfungen der Zumutungen bei der Arbeitssuche) – im Normalfall beides. Genau das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik seit den 70er Jahren x-fach gegeben und wurde schon damals immer als Sozialabbau beklagt.

Dieses Prinzip, dass gerade dann, wenn sie gebraucht wird, die Hilfe gekürzt wird, ist nicht „paradox“, wie Sozialstaatskritiker oft meinen. Im Gegenteil ist es sehr passend für den Staat und seinen Umgang mit den Konjunkturlagen. Es drückt außerdem eine Menge über sein Verhältnis zu seiner arbeitsfähigen Be-

völkerung aus. Das ist nämlich ein ganz funktionales: In Zeiten von Hochkonjunktur und einem entsprechend hohen Beschäftigungsgrad ist es nötig, die übrig gebliebene Arbeitsmannschaft zu pflegen. Die Auswahl ist schließlich knapp. Umgekehrt ist es in Zeiten von Krise und dauerhafter Massenarbeitslosigkeit – da ist die arbeitswillige Reserve enorm groß und muss deshalb auch nicht so sorgsam behandelt werden (vgl. auch Teil 4, zu den konkreten Hartz-Reformen: Diese wurden in eben solch einer Zeit eingeführt).

Was lässt sich den Ausführungen bis hierhin entnehmen? Der Umgang des Staats mit der Arbeitslosigkeit ist geradezu exemplarisch für die staatliche Sozialpolitik.

1. ist die Arbeitslosigkeit ein existentieller Notfall für alle, die auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind, um ihr Leben zu finanzieren. Diesen Notfall schafft die Sozialpolitik nicht aus der Welt. Sondern: Sie verwaltet ihn.
2. Ziel der staatlichen Sozialpolitik ist es, die Leute in die Lage zu versetzen, überhaupt oder weiterhin an der von ihm in Gang gesetzten Arbeitswelt und Konkurrenz um Arbeitsplätze teilzunehmen.
3. Die Arbeitslosen werden dafür arbeitsfähig gehalten, dass sie auch im Falle ihrer zeitweisen Entlassung eine potentielle Arbeitsmannschaft für das Kapital stellen. Mit der Arbeitslosenpolitik wird eine „industrielle Reservearmee“ geschaffen. Sie wird so gut versorgt, dass sie überleben kann und doch so schlecht, dass sie jeden Job annehmen muss. Dies wirkt sich auch unmittelbar auf diejenigen aus, die (noch) einen Arbeitsplatz haben und um ihre Ersetzbarkeit aus der Schar der Arbeitslosen wissen.

Neben dieser ökonomischen Zweckbestimmung ist Arbeitslosenpolitik gleichzeitig auch *Ordnungspolitik*. Jeder kennt aus der Schule: Uni, Tageszeitung Warnungen von Soziologen oder Wahlforschern befürchten: „Wer arbeitslos ist, verliert das Vertrauen in die Politiker und das Interesse an politischen Fragen und zweifelt am Ende sogar an der Funktionsfähigkeit der Demokratie“ (Thorsten Faas, Wahlforscher). Ob das richtig ist oder nicht – festzuhalten ist hier: Die Sorge, die darin exemplarisch ausgesprochen wird, ist nicht die, dass Leute ohne Einkommen nicht zurechtkommen, sondern es ist die Sorge darum, dass ihnen die Vorstellung, sich als Staatsbürger versorgt und gut aufgehoben zu sehen, abhanden kommt. Wenn das gute Ideal, das positive Bild über die Gesellschaft Bruchstellen aufweist, besteht die Gefahr, dass die Demokratie ihre Zustimmung verliert, auf der sie beruht. So könnte es passieren, dass Arbeitslose wie Lohnabhängige links- oder rechtsextrem wählen und damit die so gut funktionierende Parteienlandschaft dieses Staats durcheinander bringen. Oder am Ende gar die Bereitschaft aufkündigen, alltäglich ihre Arbeitskraft verkaufen zu wollen, wenn sie feststellen, dass es nichts für sie zu holen gibt. Arbeitslosigkeit bietet damit einen „sozialen Sprengstoff“ – so denken die Sozialforscher über diesen Notfall der Leute, der eventuell destabilisierend für die Gesellschaft wirken könnte. Die sozialstaatlichen Maßnahmen wollen dem entgegenwirken: Im Sozialstaat bleibt niemand auf der Strecke.

Zusammengefasst: Die staatliche Arbeitslosenpolitik selbst gibt Auskunft über Zustände, in denen Elend dauerhaft vorhanden ist. Der Sozialstaat ist Resultat der Produktionsweise, die ihn erforderlich macht. Sein Vorhandensein drückt eigentlich vor allem eines aus: die Armut und die Not, die da versorgt werden, sind dauerhaft. Er erkennt die Arbeitslosigkeit als ein Problem an und richtet sich darauf ein. Mit seiner Sozialpolitik und ihren Institutionen verwaltet er sie so, dass die Arbeitslosen nützlich für die Ökonomie und für das Gemeinwesen bleiben (industrielle Reservearmee und loyale Bürger).

4. **Mit Hartz-IV hat die rot-grüne Regierung den Lebensunterhalt ihres Arbeitsvolks in all seinen Abteilungen gesenkt – und damit ein entscheidendes Mittel in ihrer Konkurrenz um Wirtschaftswachstum hingekriegt**

Es wurde nachgewiesen, dass das Problem der Arbeitslosen mit ihrer Lage nicht dasselbe Problem ist, das der Staat mit den Arbeitslosen hat. Das Problem des Staates mit der Arbeitslosigkeit wurde nach zwei

Seiten hin bestimmt: Einerseits die ökonomischen Zwecke, die der Staat verfolgt und für die er seine Bevölkerung einsetzen möchte, andererseits seine Bemühungen, den sozialen Frieden im Land nicht zu gefährden. Dementsprechend sieht dann auch der sozialstaatliche Umgang mit diesem Problem aus:

Entgegen der allgemein verbreiteten Vorstellung, der Sozialstaat sei für den Arbeitslosen und dessen Versorgung da, besteht der tatsächliche Zweck der sozialstaatlichen Arbeitslosenbetreuung in etwas ganz anderem:

Diese richtet sich nämlich gar nicht danach aus, was der Arbeitslose braucht und begehrt, sondern ordnet sich tatsächlich der „Standortpolitik Deutschlands“ unter. Stets funktional bezogen auf die Anforderungen, die für ein möglichst hohes Wirtschaftswachstum an die Arbeitsbevölkerung gestellt werden, verwaltet der Sozialstaat die Arbeitslosigkeit mal auf die eine und mal auf die andere Art.

a) Ein kurzer Blick in die Geschichte soll dies verdeutlichen:

Zu Zeiten des sog. Wirtschaftswunders in den 50er und 60er Jahren zeichnete sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt ein heutzutage fast fremd anmutendes Bild ab: Die damals rund 19 Millionen (heute 42 Millionen + 3 Millionen Arbeitslose) zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte waren knapp, das „Horror-szenario“ Vollbeschäftigung und somit ein Druck auf die Löhne nach oben, drohte wahr zu werden. Der Angebotszwang, dem die Ware Arbeitskraft unterliegt und der bereits im ersten Teil bestimmt und erklärt wurde, gilt bei Vollbeschäftigung nur bedingt. Von den zwei Bestimmungen, die Grundlage des Angebotszwangs sind – die „Verderblichkeit“ der Ware Arbeitskraft einerseits und die Konkurrenz der Warenanbieter, also aller Arbeitsuchenden, andererseits – ist letztere nämlich im Falle der Vollbeschäftigung stark eingeschränkt. Wenn hinter jedem besetzten Arbeitsplatz drei weitere Arbeitslose stehen, die genauso existentiell auf den Job angewiesen sind, dann ist es für den Unternehmer um einiges einfacher, den Preis für die Arbeitskraft stetig nach unten zu drücken – („Du machst es nicht für 4 Euro? – Gut, dann geh, draußen warten drei Leute, die machen es alle für 3, 50 Euro!“). Andersrum – und so gestaltete sich die Situation in den 60er Jahren – ist der Unternehmen für seine Profitproduktion fundamental auf Arbeitskraft angewiesen und wenn ihm dafür eben nur dieser eine Arbeiter zur Verfügung steht, dann funktioniert das Prinzip auch andersrum und die Lohnhöhe steigt, weil die

Interessenvertretung der Arbeiter ausnahmsweise in der besseren Position ist (in diese Richtung im übrigen aber deutlich begrenzter). Diesem „Problem“ begegnete die damalige Regierung sowohl migrations- als auch sozialpolitisch:

Sozialpolitisch, indem sie durch einen deutlichen Ausbau sozialstaatlicher Leistungen in Form von Arbeitsschutz, Unfallvermeidung, Reha-Programmen etc. versuchte, die relativ wenigen verfügbaren Arbeitskräfte für ein gesamtes Arbeitsleben gut brauchbar zu halten.

Migrationspolitisch, indem sie Gastarbeiter zur Verstärkung der Arbeitsbevölkerung ins Land holte. Und das ist doch jetzt wirklich mal bemerkenswert: In jeder Talkshow und jedem FAZ-Interview – ganz egal ob heute oder in den 50er Jahren – plädiert ausnahmslos jeder Politiker für den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und deren Abschaffung. Und kaum ist dieser Zustand da, kaum haben nahezu alle einen Arbeitsplatz, da ist das staatliche Handeln sofort auf eines gerichtet: Diesen Zustand so schnell wie möglich wieder abzuschaffen! Dieser Blick in die Geschichte gibt in zweierlei Hinsicht Aufschluss über die „guten“ Absichten des Staates: 1. Arbeitslosigkeit soll offensichtlich überhaupt nicht beseitigt werden, höchstens sollen ihre Folgen weniger unliebsam sein. 2. Es ist außerdem das politische Bekenntnis, dass das Leben eines Lohnarbeiters immer ein prekäres sein soll. Die eben erklärte Macht hinsichtlich der Lohnhöhe und geringerer Erpressbarkeit des Lohnarbeiters, die durch Vollbeschäftigung erreicht wird, darf nicht sein! Diese Möglichkeit wird dem Lohnarbeiter nicht zugestanden. Sein Leben verläuft nicht einfach nur in stetiger Abhängigkeit von den Kalkulationen Anderer, es hat qua staatlicher Bestimmung so zu verlaufen. Soviel zum Engagement des Staates im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. (Übrigens ist das kein historisches Phänomen: Die derzeitige Debatte um den Fachkräftemangel hat genau denselben Hintergrund).

Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Eine solche staatliche Kalkulation bezüglich des Ausbaus sozialstaatlicher Leistungen hat nicht die Gesundheit und das Wohlbefinden der Arbeitsbevölkerung zum Zweck, sondern beides kommt für den Sozialstaat als Mittel für einen ganz anders gearteten Zweck vor. Sozialpolitik war (und ist) weitgehend Mittel dafür, die Wirtschaftsleistung der aufstrebenden BRD voranzutreiben und diente der erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik. Und so ist es auch nur konsequent (und kein Verrat an irgendeinem eingebildeten „eigentlichen“ Auftrag!), dass sich das Mittel (sozialstaatliche Leistungen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen) ändert, wenn die Bedingungen der Zweckerfüllung andere sind.

Das ist der Fall bei den Hartz IV-Reformen.

Ausgangspunkt der Agenda 2010 war eine veränderte Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die politische Problemdefinition lautete: Im regulären Wirtschaftsbetrieb und für den Arbeitsmarkt ist die bleibende und anwachsende Masse von ca 6,7 Millionen Menschen dauerhaft nicht zu gebrauchen. Das bedeutet, der Großteil der arbeitslosen Masse findet – völlig unabhängig von denkbaren Konjunkturlagen, so positiv sie auch sein mögen – keine Verwendung mehr auf dem Arbeitsmarkt (der Fachbegriff aus Funk, Fernsehen und Wissenschaft dazu ist im übrigen die sog. „Sockelarbeitslosigkeit“ oder „strukturelle Arbeitslosigkeit“). Die Lösung, die aus dieser Problembestimmung folgte, lautete:

1. Verbilligung der Unterhaltskosten für diese offensichtlich nutzlose Masse!
2. Wenn diese Leute nicht mehr im regulären Arbeitsmarkt unterzubringen sind, dann eben auf einem anderen. Und wenn es den nicht gibt, dann muss er geschaffen werden (Stichwort: Aufbrechung des „verkrusteten“ Arbeitsmarktes, „flexiblere“ Arbeitsverhältnisse etc., wo schon an der Wortwahl deutlich wird, dass das eine grottenschlecht und das andere modern und richtig ist.)

So kamen die Hartz-Gesetze zustande: Eingeführt von der rot- grünen Regierung hat die SPD (diejenige Partei, die sich stets als Vertreter der Arbeiterpartei verstanden wissen wollte!) gewaltsam diese Gesetze und ihre für die gesamte Lohnarbeiterschaft knallharten Folgen durchgesetzt. Die zentralen Leistungen der Hartz-Gesetze:

- Eine Senkung der sozialstaatlichen Kosten, die für Arbeitslose verausgabt wurden
- Eine gesetzliche Neuregelung des Arbeitsmarktes und die Einführung eines Niedriglohnssektors
- Damit ein allgemeiner Druck auf die in Deutschland gezahlten Löhne

Zu 1. gehörte: Aufweichung des geltenden Kündigungsschutzes, Verkürzung der Bezugsdauer von ALG I (1 Jahr) und starke Verschärfung der möglichen Zumutungen bzgl. Arbeitsplatzentfernung, Gehalt und Qualifizierung; komplette Abschaffung der bis dahin unbefristeten und bedarfsunabhängigen (!) Arbeitslosenhilfe und damit der extrem schnelle Übergang vom ALG I in Höhe von 60% des vorherigen Nettolohnes nach nur einem Jahr zum ALG II (Grundsicherung für Erwerbslose), dem sog. „Hartz IV“. Dessen Leistungen entsprechen dem staatlich festgelegten Existenzminimum und sind entsprechend schäbig: aktuell 399 € für den 1. Erwachsenen, für alle anderen noch wesentlich geringer. Mit dem Stichwort „Fordern und fördern“ ein umfassendes Regime von Auflagen und Repressionen für die Betroffenen mit dem Ziel, sie in kürzester Zeit zur Annahme jedes nur denkbaren Jobs zu drängen, ohne Rücksicht auf ihre Qualifikation, ihre bisherige Tätigkeit, ihr bisheriges Einkommen. Die Neuerung, dass im Falle eines ALGII-Bezugs auf das private Vermögen der Betroffenen zugegriffen wird.

Zu 2.: Um den so scheußlich verkrusteten regulären Arbeitsmarkt mit seinen tariflichen Regelungen zu flexibilisieren, wird Zeit- und Leiharbeit gestattet, ohne jegliche tarifrechtliche Regelungen; es werden verschiedene Arbeitsmöglichkeiten erlaubt, die von der Sozialversicherungspflicht befreit sind (400 Euro-Jobs, 1-euro-jobs oder Ich-AG's); der Kündigungsschutz wird gelockert, die rechtlichen Grundlagen für befristete Arbeitsverhältnisse erweitert.

b) Die Hartz-Gesetze waren – entgegen den Behauptungen aller Kritiker – ein voller Erfolg. Das ist jedenfalls unsere Behauptung, die im Folgenden bewiesen werden soll.

Für den Arbeitsmarkt, den Standort Deutschland und die Unternehmen ist die Rechnung vorzüglich aufgegangen: Das mit allen Sanktionsmitteln praktisch durchgesetzte Paradigma „Hauptsache Arbeit!“ und der damit verbundene Druck auf die Arbeitslosen wirklich jede noch so prekäre Arbeit annehmen zu müssen – völlig losgelöst von der Frage ob diese Arbeit überhaupt genügt, um den Lebensunterhalt zu sichern – und die neu gewonnene (und rechtlich garantierte) Freiheit in der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse (Befristung – keine Tarifverträge – Minimallöhne) hat ungeahnte Möglichkeiten der Ausbeutung eröffnet. Denn dieser Druck, wirklich jede Arbeit annehmen zu müssen, wirkt sich nicht nur unmittelbar auf die Betroffenen aus, sondern auch auf das gesamte Lohnniveau in Deutschland, da natürlich auch diejenigen, die Arbeit haben, mit dem Problem konfrontiert sind, dass es nun deutlich mehr Menschen gibt, die ihren Job auch für weniger machen würden. In sehr vielen Betrieben stehen sie als Leih-Arbeiter mit wesentlich niedrigerer Entlohnung unmittelbar neben den „regulär Beschäftigten“. Folge: Angesichts der Aussichten, die ein Jobverlust jetzt mit sich bringt, sind die Erwerbstätigen und ihre Interessenvertreter durch die Bank bereit, Lohn zu opfern, um bloß ihren Job zu behalten. Die deutschen Löhne sinken deshalb nicht nur durch die Senkung der Lohnnebenkosten (infolge der geringeren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung – was für die Arbeitgeber schlagartig eine Lohnsenkung von über 3% ausgemacht hat, sondern darüber hinaus überhaupt.

Die über die sozialpolitischen Maßnahmen der Hartz-Reform zusätzlich hergestellte Armut (denn Armut gibt es, wie bereits mehrfach gesagt, nicht erst seit Einführung dieser Gesetze – das ist der große Irrtum der Links-Partei!) hat sich für das Wirtschaftswachstum Deutschlands zudem als durchaus produktiv erwiesen. Mithilfe des aktivierenden Verfahrens sind die Arbeitslosenzahlen tatsächlich gesunken: 25% der rund 7 Millionen Arbeitslosen sind auf dem neuen Arbeitsmarkt namens Niedriglohnsektor untergekommen – so lautet die Erfolgsbilanz, für die sich Gerhard Schröder auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos auch lauthals auf die Schultern klopfte.

Dazu eine kurze Randbemerkung: Hier liegt übrigens einer der Gründe, weshalb gerade alle Staaten Europas in der aktuellen Krise neidisch auf Deutschland schielen. Deutschland hat seine Bevölkerung rechtzeitig flächendeckend verarmt (mittels der Hartz-Gesetze), Sozial- und Lohnkosten massiv gesenkt und so seinen sowieso überlegenen Standort noch einmal fit gemacht. Mit der Verbilligung der eigenen Arbeitskräfte war es deutschen Unternehmen möglich, eine überdurchschnittliche Wachstumsrate zu erzielen, ihre Waren billiger anzubieten, die ausländische Konkurrenz zu unterbieten und den europäischen Markt zu dominieren. So wächst die deutsche Wirtschaft – und zerstört die Wachstumsraten der anderen Länder. Das führt erstens zu steigender Arbeitslosigkeit dort. Und das hat im Zuge der Euro-Krise dazu geführt, dass diese Länder nicht mehr als kreditwürdig erscheinen und in eine existentielle Staatsschuldenkrise geraten sind, die sie mit harter Verarmung ihrer Völker bereinigen sollen – das verlangen jedenfalls die Euro-Staaten von ihnen, federführend die Bundesrepublik. (An diesem kurzen Durchgang ist bemerkenswert: Angefangen hat der Vortrag mit Sozialpolitik und Hartz-Gesetzen und jetzt sind wir bei der internationalen Konkurrenz und den Folgen der politischen Interessensverfolgung der Staaten!)

c) Soweit also zum Erfolg der Hartz-Gesetze aus Sicht der deutschen Wirtschaft und der deutschen Regierung. Für die Betroffenen hingegen stellt sich diese „Erfolgsgeschichte“ natürlich etwas anders dar:

Das neu eingeführte Aktivierungsparadigma (Hinweis: Vom aktiven zum aktivierenden Sozialstaat) weist die Risiken des Lohnarbeiterdaseins noch deutlicher und härter zurück an den Arbeitslosen selbst. Als sei die alternativlose Abhängigkeit des Arbeitslosen nicht schon genug Antrieb und Schutz vor der sozialstaatlich gefürchteten Passivität, wird mit dem Geiste der Hartz-Gesetze die Idee stark gemacht, dass ein Arbeitsplatz (und ob jemand einen hat oder nicht) abhängig ist von der richtigen Arbeitsmarktpolitik – je nachdem wie erfolgreich diese nämlich Faulenzer- und Parasitentum bekämpft. Tatsächlich hängt doch die Entscheidung, ob jemand Arbeit findet oder nicht, überhaupt nicht an dem Willen des Arbeitslosen, sondern an der unternehmerischen Kalkulation: Lohnt sich ein Arbeitsplatz? Oder lohnt er sich nicht? Ist letzteres der Fall, dann gibt es ihn einfach nicht. Punkt.

Die geflügelten Leitsätze der Hartz IV-Agenda sind in ihren Aussagen ernst zu nehmen:

„Sozial ist, was Arbeit schafft“ lautet eben nicht „Sozial ist, was Arbeit schafft, die die Hütte bezahlt, den Magen füllt und den Urlaub finanziert.“

„Hauptsache Arbeit“ lautet eben nicht „Hauptsache Arbeit, von der man leben kann“.

Vielmehr wird hier ausgedrückt, was praktisch täglich an den Arbeitslosen vollzogen wird: Der an sie herangetragene Anspruch besteht darin, dass jeder unbedingt Arbeit haben soll und sowohl Beschaffenheit als auch Bezahlung dieses Arbeitsplatzes kein Kriterium zu sein haben. Egal wie schlecht bezahlt oder schädlich – das klare politische Bekenntnis lautet: Lohn hat keineswegs den Lebensunterhalt zu sichern. Und da wundert es auch nicht, dass die BILD – völlig ignorant gegenüber Niedriglohnssektor, Aufstocker und den 3 Millionen immer noch gänzlich überflüssigen Arbeitslosen – titelt: „Unter 3 Millionen Arbeitslose: Kommen jetzt die goldenen Zeiten?“ Dass sich Deutschland anscheinend gerade mitten in den „goldenen Zeiten“ befinden, verweist jeden Arbeitslosen sowie auch Arbeitnehmer darauf, was er zu erwarten hat von seiner Existenz als Lohnabhängiger.

Zwischenfazit:

Die Hartz-Gesetze waren notwendig – jedenfalls vom Standpunkt der deutschen Interessen aus: Um das deutsche Wirtschaftswachstum und die Rolle Deutschlands auf dem Weltmarkt voranzutreiben und gleichzeitig die deutschen Sozialkassen zu entlasten.

Die Hartz-Gesetze waren erfolgreich: Über die flächendeckende Verarmung der Bevölkerung ist Deutschland der Gewinner der Krise in Europa, tatsächlich sind die Arbeitslosenzahlen gesunken und der gesamten Arbeiterschaft ist eines deutlich klar gemacht worden: Arbeit an sich ist der Wert und der Anspruch davon leben zu können, nicht relevant.

Wir schließen uns also weder den Kritikern an, die behaupten, Hartz hätte nicht sein müssen, noch leugnen wir den Erfolg dieser Gesetze, weil beide Kritiken schlicht falsch sind.

Wir wenden uns dagegen, dass ein Staat einen Zweck verfolgt, der diese Gesetze und ihre Folgen notwendig macht und dass ihr Erfolg gleichbedeutend mit prekären Lebenslagen für einen Großteil der Bevölkerung ist. Der Skandal sind also längst nicht nur die Hartz IV-Reformen, sondern viel grundsätzlicher die kapitalistische Marktwirtschaft und der Staat mit seinen Erfolgsansprüchen, für die sie so nützlich sind.

5. Warum linke Kritiker die Agenda für gescheitert halten

Wie der letzte Teil des Vortrags zeigte, führten die Hartz IV Reformen zu einer deutlichen Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland. Es kann also nicht verwundern, dass die Reformen Ziel mancher Kritik waren.

In diesem letzten Teil soll es um das gehen, was die Hartz-Kritiker an den Reformen auszusetzen haben. In Zentrum stehen vier zentrale und populäre Kritiken.

a) Ein Abwägen zwischen den "guten" und den "schlechten" Folgen der Reform (einerseits andererseits).

Ein Artikel der Internetseite Tagesschau.de bilanziert: *"Die Zahl der Erwerbstätigen steigt Ende 2014 erstmals auf mehr als 43 Millionen. Deutschland hat die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. - Hartz IV, ein Jobwunder".* Dies, so der Tenor, spricht für die Reform. Gegen sie sollen folgende Fakten sprechen: *"Die Kinderarmut hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Jeder dritte Arbeitslose ist ein Langzeitarbeitsloser. Jeder zweite ALG-II-Empfänger bezieht die staatliche Hilfe schon seit mehr als vier Jahren. - Armutsfalle Hartz IV."*

Es spräche einiges für die Reform und einiges dagegen. Das Urteil heißt also: Die Reformen sind ambivalent.

Unser Vortrag sollte dagegen zeigen, dass die massenhafte Verarmung der Arbeitslosen das Mittel dieses Jobwunders war, nicht die ungewünschte Nebenwirkung. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die radikale Reduzierung des Arbeitslosengeldes sollten nicht nur die Sozialkassen entlasten, sondern die Arbeitslosen auch aus der "sozialen Hängematte" vertreiben. Die Rot-Grüne Regierung legalisierte Beschäftigungsformen wie Leiharbeit und Werkverträge und schuf damit für diejenigen, die für den sogenannten ersten Arbeitsmarkt überflüssig waren – ein Betätigungsfeld, welches nur deswegen rentabel ist, weil dort so prekär und schlecht bezahlt wird.

Die Trennung von Jobwunder und Verarmung ist der Sache nach künstlich. Sie betont den Erfolg der Reformen aus deutscher Sicht und hält damit daran fest, dass sie notwendig und richtig waren. Und sie gibt zugleich der Unzufriedenheit mit den Reformen Platz, indem das dafür eingesetzte Mittel – Verarmung und Niedriglöhne – als so etwas wie die nicht beabsichtigte Nebenwirkung eingeordnet wird.

b) Die Reformen seien gar nicht wirklich erfolgreich gewesen

Der DGB, die Junge Welt („Taschenspielertricks“) und viele andere kritisieren die regierungsamtliche Arbeitslosenstatistik.

„Beschäftigungseffekte umstritten: Die Beschäftigungseffekte der Reform seien äußerst umstritten und trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung gelinge es bis heute kaum, die Zahl der Menschen, die auf Fürsorgeleistungen angewiesen sind, deutlich zu reduzieren. (...)“ (DGB - Bundesvorstand / Zehn Jahre Hartz IV: Ziele verfehlt, großer Reformbedarf)

„Taschenspielertricks“ (Junge Welt)

Diese Kritiker bestreiten den Erfolg der Reformen, indem sie nachfragen: Wie viel Arbeitsplätze gehen auf das Konto der Reformen? Und wie viele sind gar keine richtigen Arbeitsplätze, weil schlecht bezahlt und prekär?

Man merkt: Sie teilen den Maßstab, dass die Schaffung von mehr Arbeitsplätze erfolgreiches Regierungshandeln sind. Sie wären beeindruckt und hätten wenig oder gar nichts zu kritisieren, wenn die Reformen zu Arbeitsplätzen geführt hätten. Das aber bestreiten sie – und spielen dabei wieder (wie in Punkt a bereits erklärt) das Mittel gegen den Zweck aus, in der Absicht, die Regierung daran zu blamieren.

c) Die Reformen seien Ausdruck eines neoliberalen Geistes, der in der Politik Einzug gehalten hätte

Dieser Gedanke sei kurz gekennzeichnet mit einem Zitat des Referenten für Sozialpolitik beim Sozialverband Deutschland NRW, Daniel Kreuz:

"Wir erleben einen regelrechten Systemwechsel weg vom Sozialstaat des »rheinischen Kapitalismus«, hin zum neoliberal inspirierten »Wettbewerbsstaat« des Aktionärskapitalismus, der einseitig den Interessen der Unternehmen und der wirtschaftlich Starken verpflichtet ist, vor allem den großen Konzernen, den Banken und der Versicherungswirtschaft. Dieser Systemwechsel wirkt sich auch im fundamentalen Funktionswandel von Arbeitslosenversicherung und staatlicher Arbeitsmarktpolitik aus."

Diese Kritik stellt dem neoliberalen Staat, dem es nur um Wirtschaftsinteressen geht, einen gemütlichen rheinischen Kapitalismus gegenüber. Gemeint ist anscheinend die junge Bundesrepublik Deutschland, deren Hauptstadt Bonn am Rhein liegt. Er denkt an den Aufbau von einem Sozialversicherungssystem, Kündigungsschutz, steigenden Urlaubsansprüchen und dergleichen. Das begrüßt er, den neoliberalen Wettbewerbsstaat hingegen lehnt er ab.

Dagegen wollen wir festhalten:

1. Es müssen in der jungen Bundesrepublik wohl zahlreiche Notlagen bestanden haben. Nur das kann die Notwendigkeit für den Aufbau eines Sozialstaates erklären. Das kann niemals Grund für Lob sein. Sein Fortbestehen bedeutet gleichzeitig auch Fortbestand von Elend, das es zu verwalten gibt.
2. Es war das erfolgreiche und politisch gewollte Wachstum des gemütlichen rheinischen Kapitalismus, welches es den bundesdeutschen Unternehmern erlaubte, durch umfangreiche Mechanisierung und Rationalisierung immer mehr Lohnabhängige für die profitable Produktion überflüssig zu machen. Die Sockelarbeitslosigkeit der Jahrtausendwende ist die historische Folge des rheinischen Wachstums.
3. Es fand kein Funktionswandel des Sozialstaats statt. Heute wie damals war er nichts als das Ergänzungsprogramm für das Wachstum der Wirtschaft. Die junge Bundesrepublik war zwar durch den Marshallplan mit Kapital ausgestattet, um ein Wirtschaftswachstum in Gang zu setzen, litt aber unter einem Mangel an Arbeitskräften. Der Grund dafür war nicht zuletzt der menschliche Aderlass des zweiten Weltkriegs. Besorgt und nicht stolz wurde damals von Vollbeschäftigung gesprochen. Es musste der politischen Führung Adenauer/Ehrhard also darum gehen, dass die knappe Humanressource schonend und nicht verschleißend angewendet wird. Eine sozialstaatliche Betreuung sollte das gewährleisten. Heute sieht die Ressource Arbeitskraft nach Jahren erfolgreicher Akkumulation des Kapitals und beständigen Rationalisierungsinvestitionen anders aus – darauf stellen sich die Sozialpolitiker heute ein, um den Arbeitsmarkt ihres Standorts zu optimieren. Nicht die Funktion des Sozialstaats hat sich also geändert, sondern die Bedingung des Wirtschaftens.

Eine Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Ehrhards, wie sie etwa Sarah Wagenknecht als prominente Sprecherin der Linkspartei fordern, ist also weder denkbar noch wünschenswert.

An dieser Stelle noch ein kleiner Seitenhieb auf die Parole der Linkspartei: "Hartz IV ist Armut per Gesetz". Armut ist der Ausschluss der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder vom Reichtum der Gesellschaft, staatlich durch das Recht auf Eigentum garantiert. Insofern ist die Armut der Massen die Basis für die kapitalistische Reichtumsproduktion – und ihr ständiges Resultat. Die Agenda 2010 hat für ein neues Armutsniveau in Deutschland gesorgt, aber dass Armut überhaupt in dieser Gesellschaft durch die Hartz-IV-Reformen in die Welt gekommen sein soll, das ist dann doch wirklich reichlich spät angesiedelt! (Und sagt übrigens auch einiges aus über die Art von Gesellschaft, die die Linkspartei den Opfern des Kapitalismus in Aussicht stellt!)

d) Der Wechsel des Sorgeobjekts: Weg von den Betroffenen, hin zum Staat

"Durch die Agenda 2010 wurden Arme immer ärmer und Reiche immer reicher. Das hat wiederum auch zu einer Politikverdrossenheit geführt. Arme Menschen gehen nicht mehr wählen, sie haben längst resigniert." sagt die Vorsitzende der Saar-Linken Astrid Schramm.

"Hartz IV spaltet die Gesellschaft, und zwar materiell wie mental." so der Armutsforscher Christoph Butterwegge.

Beide gehen über von der Sorge über die Lage der Betroffenen hin zur Sorge über die Betroffenen. Nicht die Arbeitslosen haben Probleme mit ihrer Lage und der staatlichen Verwaltung, die sie darauf festnagelt, sondern sie sind das Problem! Die Hartz-IV-Kritiker sorgen sich hier allen Ernstes darum, dass sie als Politikverdrossene ihre Zustimmung zur Demokratie verweigern oder die nationale Einheit und den sozialen Frieden gefährden. Vielleicht haben sie dafür in ihrer Lage ja allen Grund.

Das meinen wir als Gruppe K jedenfalls sehr nachdrücklich.